

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

verehrte Gäste,

in meiner letzten Haushaltsrede vor gut einem Jahr habe ich die Frage gestellt, wo uns die Auswirkungen der Corona-Pandemie und auch die Arbeit der neuen Bundesregierung noch hinbringen werden – unwissend der zusätzlichen starken Belastungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit dem 24. Februar dieses Jahres und der damit eingeleiteten Energiekrise, die mittlerweile globale Auswirkungen zeigt.

Verkünden nun die Vertreter der Ampelkoalition und vor allem die darin mitspielende SPD mit stolzer Brust die Umsetzung des Bürgergeldes als vollen Erfolg, lässt mich dieser doch sehr zweifeln: um knapp 50 Euro steigt der Regelsatz des neuen Bürgergeldes im Vergleich zu Hartz IV für die Grundsicherung, mit der das Existenzminimum abgesichert werden soll. In Anbetracht der letztjährigen Preissteigerungen und vor allem der momentanen Inflation lässt dieser „Wums“ weder die betroffenen Empfänger frohlocken, noch das Eigenlob dieser Bundesregierung verstehen!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in Hünfeld werden wir weiter dafür kämpfen unsere Stadt solide zu führen und als lebenswertes Mittelzentrum zu erhalten.

Mit dem offenen Brief an den Magistrat haben wir als CDU-Fraktion darum gebeten alle Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung sowie die Aufrechterhaltung von sozialen und kulturellen Angeboten bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 zu berücksichtigen – meine Damen und Herren, dies ist unserer Meinung nach vollumfänglich im Entwurf der Haushaltssatzung passiert und daher darf ich mich schon jetzt herzlich für diese Berücksichtigung bedanken!

Der Bürgermeister hat in seiner Etatrede zur Einbringung von einem breiten Verzicht und großen Belastungen von privaten Haushalten und der Wirtschaft gesprochen – umso besser ist die Belassung der reduzierten Grundsteuersätze bei 150% und damit einer Entlastung aller Bürgerinnen und Bürger um 900.000 Euro, wie auch im Vorjahr. Dieser Verzicht im städtischen Haushalt führt zu einem Fehlbetrag von knapp einer halben Million Euro, durch unsere jahrzehntelange umsichtige wie auch nachhaltige Haushaltspolitik können wir aber durch Rücklagen dieses Defizit ausgleichen. Einzig durch die Rückholung des Eigenbetriebes in den städtischen Haushalt und den damit verbundenen Kreditaufnahmen sowie den Verpflichtungsermächtigungen des Magistrats zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren bedarf die Haushaltssatzung der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Wir sehen hierbei keinerlei Probleme, zumal wir noch immer eine ausreichende Liquidität vorweisen und vor allem - wie auch in den Jahren zuvor - auf Kassenkredite verzichten können.

Weiter wollen wir auch mit Mut und Umsicht durch schwierigere Zeiten gehen und dabei den Wohn- und Arbeitsstandort Hünfeld stärken. Wir unterstützen den Magistrat sehr in den geplanten Investitionen durch die

Stadtwerke Hünfeld GmbH, die alleine mit rund 6,3 Mio. Euro für Solarprojekte ihre Wirtschaftlichkeit und damit ihren Fortbestand sichern wollen. Unsere Stadtwerke sind nicht nur als lokaler Energieversorger eine wichtige Einrichtung, sondern durch den Betrieb von Hallenbad und Freibad, der beiden Parkhäuser und der Stadtbibliothek wie auch dem Citybus eine fundamentale Stütze dieser Infrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger. Umso unverständlicher ist mir, dass vor allem aus Reihen den Fraktionen von SPD und Grünen immer wieder Forderungen laut werden, mit städtischer Unterstützung Bürgerbeteiligungen in PV- oder Windkraftanlagen zu ermöglichen. Meine Damen und Herren, hierdurch könnten sich vielleicht ein paar wenige finanzstarke Bürger weiter bereichern, unseren Stadtwerken würden wir dadurch aber das Wasser abgraben und damit den Verlust deren Einrichtungen riskieren und so vielen Bürgerinnen und Bürgern ein breites Angebot an Infrastruktur nehmen. Erklären Sie diesen dann einmal, warum es in Hünfeld vielleicht kein Schwimmbad mehr geben wird, für welches Sie noch vor kurzem Gutscheine mit Ermäßigungen beantragt haben!

Es fällt nicht nur uns als CDU-Fraktion auf, was hier in den vergangenen Monaten so alles von anderen Fraktionen beantragt wurde, auch die Bürgerinnen und Bürger stellen zunehmend eine Häufung von Anträgen (*Zitat*) „zum Eigennutz“ fest, wie mir kürzlich von einem älteren Herrn aus dem Stadtgebiet berichtet wurde. Ein Schelm der Böses denkt, wenn Kaskadenschaltungen für PV-Anlagen – im Grund eine sinnvolle Einrichtung - oder E-Lastenräder beantragt werden, um sie dann primär auch selbst nutzen zu können!

Für uns als CDU-Fraktion sind Anträge an den Magistrat ein wertvolles Gut, um für die Allgemeinheit eine Verbesserung und nicht durch Rosinenpickerei eine hohe Belastung des Verwaltungsapparats zu erreichen. So freuen wir uns, dass die Novellierung der Gefahrenabwehrverordnung mit der heutigen Sitzung vor dem Abschluss steht und auch die Ausweitung der Förderrichtlinie zur Beseitigung leerstehender Gebäude auf einem guten Weg ist. Weiter sprechen wir uns dafür aus Jungunternehmer und Startups zu unterstützen und dies ebenfalls in eine Förderrichtlinie zu fassen, um besonders unsere Innenstadt zu stärken und die Wirtschaft zu fördern.

Die angedachten Haushaltsansätze für das kommende Jahr zeigen hier den richtigen Weg: ein hoher sechsstelliger Betrag – allein 100.000 Euro für neues Innenstadtmobiliar und ca. 200.000 Euro für Kultur- und Stadtmarketingmaßnahmen – wird zur Wirtschaftsförderung und Belebung der Innenstadt aufgebracht. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung, u.a. mittels 360-Grad-Rundgang, steigern die Attraktivität und können zur Sicherung des Einzelhandels und der Gastronomie beitragen. Eine gute Entscheidung wird sicherlich auch die Ausweitung der Kinderbetreuung direkt im Innenstadtbereich mit sich bringen. Im verkehrsberuhigten Bereich der Fußgängerzone können dann Kinder kurzzeitig, aber auch für bis zu 15-Wochenstunden betreut und somit deren Eltern entlastet werden. Und nicht nur die Eltern werden z.B. bei ihren Einkäufen entlastet, auch eine Vielzahl an Kleinkindern wird sich dann künftig mehr auf den Einkaufsbummel freuen können – nicht jedes Kind verspürt den gleichen Genuss wie seine Eltern für ausgiebige und teils langatmige Einkaufsgänge in unterschiedlichen Geschäften.

Die Kinderbetreuung war und ist weiter ein Schwerpunkt in der Haushaltsaufstellung der Stadt Hünfeld – diese hohen Kosten und Investitionen finden unsere volle Unterstützung und Zustimmung, nicht nur für den gerade noch im Bau befindlichen neuen Kindergarten am Molzbacher Berg, wo fast 5,7 Mio. Euro städtische Eigenmittel verbaut werden und weitere 325.000 Euro Gesamtinvestitionen für den dort vorgelagerten Parkplatz notwendig sind. Auch die bestehende Kindertageseinrichtung St. Ulrich wird in den kommenden zwei Jahren mit 1,2 Mio. Euro für Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt, nachdem die Liegenschaft in das städtische Eigentum übernommen wurde. Die Stadt zeigt hier wieder einmal, wie sehr sie sich verbunden mit den dort tätigen Erzieherinnen und vor allem den Kindern sieht.

Eine hohe Verbundenheit besteht nach wie vor ebenfalls für unsere Freiwillige Feuerwehr und ihren Einsatzabteilungen. Wir können stolz auf eine so schlagkräftige und mit über 300 Männer und Frauen bestückte Truppe sein! Wir unterstützen die hohen laufenden Betriebskosten von über 700.000 Euro genauso, wie die anstehenden Investitionen zu den Erweiterungen der Feuerwehrrhäuser in Mackenzell und Michelsrombach mit über einer Million Euro Gesamtkosten. Unsere Feuerwehr hat in den vergangenen Jahren einiges Unheil und Schäden abwenden können, nicht nur bei Bränden sondern auch im Rahmen der technischen Hilfeleistungen u.a. bei den vergangenen Starkregenereignissen. Dies kann man von den Behörden und dem grün-geführten Landesministerium für Umweltschutz nicht gerade behaupten, welche sich seit fast 10 Jahren bei der Umsetzung der dringend notwendigen Schutzmaßnahmen für die Dammersbacher Bevölkerung stark zurückhalten und sich durch immer mehr Auflagen das

damalige Kostenvolumen um nun wohl 600% auf über 3 Mio. Euro verteuert hat. Auch hier scheinen ideologische Einstellungen oder aber Überforderungen das tatsächliche Leben zu ignorieren – mit anderen Erklärungen kann man dies wohl kaum begründen.

Bei weitem weniger überfordert mit der Situation scheint hier unsere Hünfelder Vereinslandschaft zu sein, die nach zwei teilweise sehr einschränkenden Pandemie Jahren mit viel ehrenamtlichem Engagement für den Erhalt des Sport- und Kulturangebots beiträgt. Hier wird pragmatisch und mit Herzblut angepackt und mit neuen Ideen versucht das Freizeitleben bunt zu erhalten und einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Es ist schön zu sehen, wie die Früchte gedeihen und durch unsere Vereinsförderrichtlinie Unterstützung erhalten: nicht nur am kürzlich stattgefundenen Sportlerempfang, bei dem unzählige Kinder, Jugendliche und Erwachsene für ihre Leistungen ausgezeichnet werden konnten, sondern vor allem auch bei der Ausbildungsmaßnahme zum Erwerb der Trainerlizenz für die Leitathletik mit Kindern und Jugendlichen wurde eine Vielzahl an Teilnehmern für die wertvolle Nachwuchsarbeit weitergebildet. Doch die kommenden Jahre werden uns auch vor hohe Herausforderungen gerade im Bereich des Fußballsports stellen: fehlender eigener Nachwuchs und die Bildung von immer mehr notwendigen Spielgemeinschaften stellen die Frage zur Unterhaltung der vielen Sportanlagen in den Raum. Die CDU-Fraktion unterstützt daher den angedachten Sportentwicklungsplan, um auch mittel- und langfristige Chancen und Risiken zu erkennen und auch hierbei nachhaltig agieren zu können. Ein erster Schritt kann die Schaffung des Bikeparks auf dem momentanen Reservesportplatz in Sargenzell sein – hierdurch wird nicht nur die dortige Fläche einer nachhaltigen Nutzung

zukommen, sondern auch ein langersehnter Wunsch der Kinder und Jugendlichen zur Umsetzung gebracht werden können.

Die anstehenden Neuansiedlungen von Arbeitsplätzen zeigt nicht nur die hohe Attraktivität Hünfelds als Wirtschaftsstandort, sie bringt auch neue Herausforderungen zur Ausweitung möglicher Baugebiete und dem Herstellen neuen Wohnraums. Mittelfristig wird hier mit mehr als 1.000 zusätzlichen Beschäftigten im Stadtgebiet zu rechnen sein, von denen einige sicherlich auch Hünfeld als ihren Wohnmittelpunkt finden werden. Dazu kann die Stadt Hünfeld ihren Beitrag leisten und weiterhin mit im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden günstigen Bauland- und auch Nebenkosten ein attraktives Angebot besonders auch für junge Familien darstellen. Wenn da nicht die hohen Baukosten wären, die zur Umsetzung des Eigenheims den Bärenanteil ausmachen. Die stramme und ambitionierte Vorgabe der Bundesregierung mit ihrer roten Bauministerin Geywitz, dem gelben Finanzminister Lindner sowie dem grünen Wirtschaftsminister Habeck pro Jahr 400.000 neue Wohneinheiten zu schaffen, klingt zwar wie ein ordentlicher „Wums“, endet aber hoffentlich nicht mit einem Schuss in den Ofen! Siehe das KfW-Förderchaos...

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch Hünfeld hat sich durch sein Leitbild und den Klimaaktionsplan ambitionierte Vorgaben gemacht – leider fanden diese Rahmenwerke nicht bei allen Fraktionen die entsprechende Unterstützung. Aus diesen Werken sind allerdings eine große Vielzahl an Maßnahmen im vorgelegten Haushaltsplan abgeleitet worden. Das umfangreiche Zahlenwerk macht deutlich, mit welchem Mut und Umsicht wir in die Zukunft gehen wollen. In den beiden vorbereitenden Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses zum Haushalt wurden wenig

Nachfragen und keine Änderungswünsche eingebracht – selbst die von sich selbst behauptete „aktivste Oppositionsfraktion“ hat bei den Beratungen auf stumm geschaltet und keinerlei Nachfragen oder Verbesserungspotentiale eingebracht.

Ich wäre nun schon sehr irritiert, wenn sich also bei der anschließenden Abstimmung zum Haushalt 2023 eine Enthaltung oder gar Gegenstimme finden würde – denn dann trägt man nicht die entlastende Wirkung der reduzierten Grundsteuer für unsere Bürgerinnen und Bürger mit und vor allem spricht man sich gegen die mutigen und umsichtigen Investitionen in diesen schwierigen Zeiten aus!

Als CDU-Fraktion unterstützen wir den vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes und stimmen der eingebrachten Haushaltssatzung sowie dem Investitionsprogramm vollumfänglich zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke nicht nur Ihnen für die teilweise nicht einfachen Debatten und Diskussionen, sondern vor allem auch den Damen und Herren des Magistrats mit Bürgermeister Benjamin Tschesnok, Ersten Stadtrat Stefan Schubert sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Vorarbeit bis hin zur Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!